

NAME: DIEGO MARTÍNEZ
FUNKTION: ANWALT
STANDORT: BOGOTÁ, KOLUMBIEN

KOLUMBIEN: DER LANGE WEG ZUM FRIEDEN

Die Schweizer Freiwillige in Kolumbien, Tanja Vultier, hat sich mit Diego Martínez getroffen, um über den Friedensvertrag zwischen der kolumbianischen Regierung und der Guerilla «Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens – Volksarmee FARC-EP» zu sprechen. Diego Martínez ist Anwalt und arbeitet beim «Permanentes Komitee für die Verteidigung der Menschenrechte CPDH» in Bogotá. Er war für CPDH bei den Friedensverhandlungen in Havanna, Kuba, wo er sich für die Opfer des bewaffneten Konflikts eingesetzt hat. PBI begleitet regelmässig die Anwältin und Präsidentin von CPDH, Erika Gómez Ardila.

Wie haben Sie die Friedensverhandlungen erlebt?

Für mich persönlich, und ich denke, das gilt auch für jedeN KolumbianerIn, ist es eine grosse Befriedigung verhindern zu können, dass sich die Menschen weiterhin umbringen.

Für mich bedeutet meine Arbeit, meinen kleinen Beitrag zum Frieden zu leisten. Meine KollegInnen und ich haben unser ganzes Leben für die Menschenrechte gekämpft und nun gab es in Havanna Raum für die Stimmen der MenschenrechtsverteidigerInnen (MRV).

“Für jedeN KolumbianerIn, ist es eine grosse Befriedigung verhindern zu können, dass sich die Menschen weiterhin umbringen.”

verhandeln und dies hat dazu geführt, dass die Menschen heute Probleme, die sie früher mit Gewalt gelöst haben, auf eine andere Weise lösen.

Für die Bauerngemeinschaften ist die Diskussion über die ländliche Entwicklung von grosser Bedeutung. Zum ersten Mal wird darüber nachgedacht, einen Vertrag im Bereich ländliche Entwicklung umzusetzen. Der Staat hat viele Regionen vergessen. Es muss diskutiert werden, welche Form der ländlichen Entwicklung wir in Kolumbien möchten.

Daneben gibt es Bewegung auf politischer Ebene. Gemäss dem Friedensvertrag wird es eine neue Gebietsaufteilung geben – die Friedenszonen. In diesen wird es den Menschen das erste Mal möglich sein, Personen in den Kongress zu wählen, die nicht den traditionellen Parteien angehören.

Wie sehen Sie das Thema Sicherheit der MRV im Land?

Der Vertrag ist sehr robust – er sieht im besonderen Mechanismen vor, das Phänomen

des Paramilitarismus vor allem auf politischer Ebene aufzulösen. Es gibt eine Art Pakt des «nunca más» – des «nie mehr», damit die paramilitarischen Verbände nie wieder entstehen. Ein Ende des Paramilitarismus bedeutet auch mehr Sicherheit für die MRV und die ländlichen Gemeinschaften, denn diese sind am stärksten von der Gewalt durch Paramilitärs betroffen.

Wie stellen Sie sich die Beteiligung der Zivilgesellschaft am Frieden vor?

Die Beteiligung der Zivilgesellschaft ist sehr wichtig. Erstens muss sie überprüfen, ob das Abkommen umgesetzt wird, denn sie ist am stärksten davon betroffen. Zweitens muss es eine Diskussion über Korruption geben. Es steht der Bevölkerung zu, dass eine kommende und gewählte Regierung nicht korrupt ist. Drittens ist die Aufsicht über den Schutz der Menschenrechte eine zentrale Frage für die Zivilgesellschaft. Die aktive Teilnahme ist in so einem komplizierten Kontext wie in Kolumbien sehr wichtig.

Nach der Unterzeichnung des Vertrages wird höchstwahrscheinlich zunächst auch die politische Gewalt steigen – das konnte man bereits in anderen Ländern, zum Beispiel in Südafrika beobachten. Wir MRV müssen uns darauf vorbereiten, dass dies eventuell auch bei uns passieren wird.

Wie wird mit dem Problem der Straflosigkeit umgegangen?

Bei diesem Friedensvertrag wurde versucht, «erweiterte und neue Formen der Gerechtigkeit» zu finden. Denn Gerechtigkeit bedeutet nicht nur Gefängnis, sondern auch

10.12.2016, ab 14 Uhr
FEIER AM TAG DER MENSCHENRECHTE
Basel, Parterre One
15.–24.11.2016
FOTO-AUSSTELLUNG
Lausanne, Pôle Sud
16.11.2016, ab 18.30 Uhr
VERNISSAGE mit Manon Schick,
Amnesty und AktivistInnen
aus Guatemala und Mexiko

Aufklärung. Die Betroffenen wollen in erster Linie wissen, was mit ihren Familienmitgliedern geschehen ist. Seit Jahrzehnten leben wir in Straflosigkeit. Der Friedensvertrag ist eine Chance diesen Status Quo zu durchbrechen. Man muss ein neues Modell der Gerechtigkeit schaffen. Dabei ist es sehr wichtig, dass es Aufklärung gibt, dass die Menschen Entschädigungen erhalten und dass Garantien der Nicht-Wiederholung umgesetzt werden. Die grosse Herausforderung für den Staat wird sein, sich so zu entwickeln, dass es keine Straflosigkeit mehr gibt.

Was für eine Aufgabe sehen Sie für PBI in der Zukunft?

Die Unterstützung von Organisationen wie PBI, die Begleitungen machen, ist sehr wichtig. Es müssen weiterhin die MRV und Gemeinschaften in ländlichen Gebieten unterstützt und begleitet werden, denn diese werden mehr als jemals zuvor den Begleitschutz brauchen. Viele Gebiete werden schutzlos sein und nur durch die internationale Begleitung werden die Gemeinschaften ihre Aufgaben als Zivilgesellschaft wahrnehmen können.

facing PEACE^{PBI}

35 JAHRE
FÜR DEN FRIEDEN:
PBI-JUBILÄUMS-
ANLÄSSE

Zu den Friedensverhandlungen

Die Friedensverhandlungen zwischen den FARC-EP und dem kolumbianischen Staat unter Juan Manuel Santos begannen 2012 in Havanna, Kuba. Die Verhandlungen umfassten fünf Teile: ländliche Entwicklung, politische Beteiligung, illegale Drogen, Opfer, Konflikte. Am 23. Juni 2016 vereinbarten die Konfliktparteien den definitiven Waffenstillstand, am 24. August 2016 verkündeten sie die Unterzeichnung des Friedensvertrages. Am 29. August begann die Demobilisierung der FARC-EP. Für den 2. Oktober ist ein Referendum in Kolumbien angesetzt, bei dem die Bevölkerung über die Annahme des Friedensvertrages entscheiden wird. Zudem stehen noch Friedensverhandlungen mit der zweitgrössten Guerilla, der Nationalen Befreiungsarmee (ELN), aus.

Die vielen Gesichter des Friedens

Nach mehr als 50 Jahren bewaffnetem Konflikt haben sich die Revolutionären Streitkräfte FARC-EP und die kolumbianische Regierung am 24. August 2016 auf einen Friedensvertrag geeinigt. PBI hat anlässlich dieses historischen Moments begleitete Aktivistinnen und Aktivisten gefragt, wie sie die Verträge einschätzen, welche Erwartungen sie haben und wie sie die Zukunft des Landes sehen.

PADRE ALBERTO FRANCO

Ökumenische Kommission für Gerechtigkeit und Frieden (CIJP), Bogotá, Valle del Cauca, Urabá

Von PBI begleitet seit 1994

«Der Vertrag von Havanna soll dem bewaffneten Konflikt ein Ende setzen. Das ist eine notwendige Voraussetzung, um Frieden zu schaffen. Ein Wandel ist jedoch nur möglich, wenn Frieden mit sozialer Gerechtigkeit und demokratischer Entwicklung einhergeht. Der Vertrag hat zwei Hindernisse zu überwinden. Zuerst muss sichergestellt werden, dass die von den FARC kontrollierten Gebiete nicht von Paramilitärs oder anderen kriminellen Banden übernommen werden. Ausserdem muss verhindert werden, dass die ländlichen Gemeinschaften vernachlässigt werden, denn sie haben bereits genug gelitten. Das vorgesehene Budget für die ländlichen Gemeinschaften darf nicht vergeudet werden, denn das würde ihren längerfristigen Wiederaufbau gefährden.»

MARIA LIGIA CHAVERRA

Indigene Gemeindeführerin in der Humanitären Zone von Curbaradó. Durch die Begleitung von CIJP ist PBI regelmässig in Kontakt mit den BewohnerInnen der Humanitären Zone.

«Wir erwarten und erhoffen uns von diesen Verträgen, in Frieden und ohne Angst arbeiten zu können. Dies wird aber erst möglich sein, wenn die anderen bewaffneten Gruppen ihre Waffen niederlegen. Es ist wichtig, dass der Frieden von innen kommt. Der Frieden wird aus allen Menschen, die in Kolumbien leben, erwachsen. Leider wissen viele von uns noch nicht, was es bedeutet, Frieden aufzubauen.»

IVÁN MADERO

Regionales Menschenrechtsbündnis CREDHOS, Barrancabermeja und Magdalena Medio

Von PBI begleitet seit 1994

«Die Kolumbianerinnen und Kolumbianer warten in erster Linie auf das Ende des Krieges. Die Voraussetzung dafür ist aber, dass sich auch die Nationale Befreiungsarmee (ELN) an den Verhandlungstisch setzt und die Paramilitärs demobilisiert werden. Wenn die anderen bewaffneten Akteure nach der Unterzeichnung der Verträge zwischen den FARC und der Regierung ihre Waffen nicht zum Schweigen bringen und keine Verhandlungen beginnen, um den Konflikt zu beenden, wird der Krieg leider weitergehen.»



JULIA ADRIANA FIGUEROA CORTES

Anwaltskollektiv Luis Carlos Pérez, Bucaramanga

Von PBI begleitet seit 2006

«Der Tag der Unterzeichnung muss auf der ganzen Welt sichtbar sein, damit niemand mehr daran zweifelt, dass Kolumbien diese Verträge braucht. Es muss ein Fest sein und den Anfang einer neuen Ära kennzeichnen, die voller Herausforderungen sein wird. Das kolumbianische Volk muss von der Aufmerksamkeit der Medien profitieren, um zu bestätigen, was es will und um sein gewaltfreies Engagement zu zeigen. Wir erwarten von diesem Vertrag auch, dass ein ausreichendes Budget für den Frieden zur Verfügung gestellt wird.»



IRENE RAMÍREZ

Bauernvereinigung des Cimitarra-Tals

Von PBI begleitet seit 2007

«Die Friedensverträge werden uns helfen, die Friedensinitiativen, die wir uns für unsere Regionen wünschen, zu verstärken. Für uns Kleinbauern und -bäuerinnen bedeutet die Unterzeichnung zum Beispiel eine Beruhigung der Lage in unserer Region. Wir werden ohne Angst auf unserem Land bleiben und so unsere Landwirtschaft konsolidieren können. Dank des Friedens werden wir uns besser für unser Land einsetzen können.

Das Risiko für unsere Region ist, dass die ELN in den ländlichen Gebieten bleibt. Diese Guerilla hat sich noch nicht an den Verhandlungstisch gesetzt. Erst dann ist Frieden möglich.»



CLAUDIA JULIETA DUQUE

Journalistin, Bogotá

Von PBI begleitet seit 2010

«Wir haben festgestellt, dass die ELN und die paramilitärischen Gruppen bereits jetzt in Stellung gehen, um die Kontrolle in den Regionen, die vorher von den FARC beherrscht wurden, zu übernehmen. In einigen Gebieten gibt es ein Risiko, dass sich nur die Namen der bewaffneten Akteure ändern.

Der Frieden mit den FARC könnte auch die Türe für neue Wasserkraft-, Bergbau- und grosse industrielle Landwirtschaftsprojekte öffnen und dies würde die sozialen Konflikte verschärfen. So könnte der Frieden in gewissen Gebieten den Anfang einer neuen Repressionswelle bedeuten. Darum ist es sehr wichtig, Prozesse der Demilitarisierung sowie kurz-, mittel- und langfristige Reformen in die Wege zu leiten.»



PBI IN KOLUMBIEN

PBI hat in Kolumbien 1994 ein Büro eröffnet, um MenschenrechtsverteidigerInnen (MRV) zu begleiten und die Menschenrechtssituation zu beobachten. Es sind durchschnittlich 20 Freiwillige pro Jahr im Einsatz, die auf die Teams in Bogotá, Barrancabermeja und Apartadó verteilt sind. Zurzeit begleitet das Kolumbienprojekt Einzelpersonen, Organisationen und Gemeinschaften, die sich in zwölf Departementen des Landes für die Menschenrechte einsetzen.

PBI begrüsst die Unterzeichnung der Friedensverträge zwischen der Regierung und den FARC-EP. Bei der Umsetzung dieses lang ersehnten Friedens weist PBI auf folgende Herausforderungen hin:

- Es braucht Mechanismen zur Überwachung der Menschenrechtssituation im Land sowie Garantien für den Schutz und die Sicherheit der bedrohten Gemeinschaften und MRV.
- Die neoparamilitärischen Strukturen müssen vollumfänglich demobilisiert und die angekündigten Gespräche zwischen der Regierung und der ELN eröffnet werden.
- Es ist wichtig, dass die internationale Gemeinschaft weiterhin die Menschenrechtssituation in Kolumbien aufmerksam verfolgt.